

FEUILLETON

Auf der Suche nach der Zusatzbevölkerung

Wir sind auf Masseneinwanderung angewiesen. Grenzen schließen ist da keine gute Idee. Grenzen öffnen aber auch nicht.

Eine melancholische Betrachtung vorm Wahlabend VON WOLFGANG STREECK

Reiche Länder mit niedriger Geburtenrate und deshalb langfristig schrumpfender Arbeitsbevölkerung sind auf Masseneinwanderung angewiesen. Kurz bevor die Regierung Merkel im September 2015 monatlang die deutschen Grenzen öffnete, hatte Prognos eine Studie veröffentlicht, der zufolge Deutschland bis 2040 eine jährliche Netto-Einwanderung von einer halben Million Personen benötigte, nur um das nationale Arbeitsangebot konstant zu halten. Ein Jahr davor hatte eine umfangreiche Evaluation der deutschen Familienpolitik ergeben, dass der deutsche Staat pro Jahr etwa 200 Milliarden Euro für familienbezogene Programme ausgibt, weit mehr als vergleichbare Länder, ohne dass dies die Lücke zwischen Geburtenrate und Bevölkerungssatzrate auch nur annähernd geschlossen hätte.

Einwanderungspolitik berührt fundamentale moralische Fragen, weil sie immer auch Bevölkerungspolitik ist. Dies macht sie zum Instrumentarium dessen, was Michel Foucault als »Biopolitik« bezeichnet und unter einen allgemeinen Rassismusverdacht gestellt hat. Wer Bevölkerungs- als Einwanderungspolitik betreibt, macht die Zusammensetzung der nationalen Bevölkerung zum Gegenstand politischer Entscheidungen, statt sie »natürlich« geschehen zu lassen. Dafür gerät Politik unvermeidlich in die Nähe kultureller, ethnischer oder rassischer Euge- brauch geraten ist.

Ein Weg, Debatten über die Notwendigkeit von Einwanderung (»Inder statt Kinder«) und den unterschiedlichen wirtschaftlichen Werten verschiedener Einwanderergruppen zu vermeiden, besteht darin, Einwanderung, wie 2015 in Deutschland, als politisch ebenso unbbeeinflussbar erscheinen zu lassen wie die Geburtenzahl. Tatsächlich aber können Länder mit niedriger Fertilität, die für ihr Wirtschaftswachstum auf Einwanderung angewiesen sind, nicht *nicht entscheiden*, und in der Tat gelingt die Entpolitisierung des Themas immer weniger. Die Alternative wäre ein Einwanderungsgesetz. Was da ungefähr verlangt würde, lässt sich am Beispiel des Einwanderungsgesetzes der USA erahnen.

Dieses unterscheidet eine Vielzahl von Einwandererkategorien nach Kontinenten, Heimatländern und Ausbildungsniveaus. Um ethnische Diskriminierung auszuschließen, dürfen auf keine einzige Nationalität mehr als sieben Prozent der in einem Jahr ausgegebenen rund 850 000 Visa entfallen (die USA haben etwa viermal so viele Einwohner wie Deutschland). Zusätzlich zu Familienmitgliedern (die überwiegende Mehrzahl der Einwanderer), qualifizierten Arbeitnehmern, Flüchtlingen (mit 85 000 pro Jahr als Obergrenze) und Asylsuchenden (etwa 24 000 pro Jahr) werden jährlich 55 000 Diversity Visa per Lotterie vergeben. Teilnehmen darf, wer mindestens ein Abschlusszeugnis auf Highschool-Niveau nachweisen kann und nicht aus einem Land kommt, aus dem in den letzten fünf Jahren mehr als 50 000

Personen eingewandert sind. Ein entsprechendes deutsches Gesetz würde wohl noch komplizierter ausfallen müssen, weil es nicht nur in die deutsche Innenpolitik, sondern auch in einen europäischen Regulierungsrahmen passen müsste.

Egal bei welcher Rechtslage, biopolitische Erwägungen sind in jeder Einwanderungspolitik machtvoll präsent. In Thilo Sarrazins Buch *Deutschland schafft sich ab* fließen rassistische und ökonomistische Motive in einem naturalistischen IQ-Fetischismus zusammen, wenn befürchtet wird, dass muslimische Immigranten mit ihrer Kombination von niedrigerer Intelligenz und höherer Fruchtbarkeit den durchschnittlichen Intelligenzquotienten der Wohnbevölkerung drücken und damit die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft beeinträchtigen könnten. (Ähnlich immer wieder der Bremer Demograf Gunnar Heinsohn, der Deutschland mittels Einwanderungspolitik von einer Zufuhr für Analphabeten zur »Kompetenzfestung« der »Könner« umbauen möchte.) Teilweise liege dies an der weitverbreiteten »Inzucht« in türkischen Familienclans, die auch Ursache des häufigen Schulversagens sei. *To make Germany great again*, bedürfe es einer aggressiveren Familienpolitik, einschließlich einer Mutterschaftsprämie von 50 000 Euro für Frauen, die durch höhere Fruchtbarkeit zur »Verbesserung der soziökonomischen Qualität der Geburtenstruktur« beitragen, also Frauen mit akademischem Grad und einem ersten Kind vor ihrem 30. Geburtstag. In umgekehrter Stoßrichtung warnte Finanzminister Schäuble im Juni 2016, dass Abschottung »um in Inzucht degenerieren lassen« würde: »Schauen Sie sich doch mal die dritte Generation der Türken an, gerade auch die Frauen! Das ist doch ein enormes innovatives Potenzial!«

Bei der Nutzung von Immigration zur Auffüllung und Verbesserung des nationalen Arbeitsangebots gehen Ökonomismus und Antirassismus oft Hand in Hand, wie etwa in der Rhetorik der angloamerikanischen Länder. Amerikanische Gegner der restriktiven Einwanderungspolitik der Trump-Administration, einschließlich der Gerichte, halten diese deshalb für illegal, weil sie dem Interesse der USA an einer andauernden Zuwanderung »ausländischen Talents« entgegenstehe. So heißt es in einem offenen Brief von 48 Universitätspräsidenten an Trump: »Americas wissenschaftliche, wirtschaftliche und künstlerische Überlegenheit hängt von unserer fortdauernden Fähigkeit ab, die außergewöhnlichen Menschen anzuziehen, die über viele Generationen hinweg in dieses Land gekommen sind, um dort Freiheit und ein besseres Leben zu finden.« Immigranten werden von ihren Fürsprechern als »die Amerikaner, die wir brauchen«, beschrieben, so in den (linken) *New York Review of Books* vom 30. Januar: »Zum Beispiel arbeiten sie wie wild (ferociously hard workers). Allein einen Job zu haben ist für sie schon wunderbar. Als ich ein kleines Mädchen war, sagte eine [von den Autoren befragte] Frau, habe ich die Amerikanerin in der Wohnung nebenan ge-

fragt: Warum bleibst du zu Hause? Du könntest doch Geld verdienen ... Diese Leute tun Amerika einen Gefallen, indem sie hierherkommen – sie beleben unsere Wirtschaft, sie bringen neues Talent, neue Energie und neues Unternehmertum, aber sie helfen uns auch, unsere Kultur an ihren schwächsten Stellen zu sanieren. Sogar Dick Cheney, der Architekt des Irakkrieges, hat sich entschieden gegen den Einwanderungsstopp ausgesprochen.«

Vor allem die Großunternehmen des Silicon Valley bestehen darauf, ihren Nachschub an Arbeitskraft weltweit beschaffen zu können; andernfalls könnten sie ihren globalen Wettbewerbsvorsprung und die aus ihm resultierende nationale Prosperität nicht verteidigen. Dass die führenden Sektoren der US-Wirtschaft bei der Rekrutierung ihrer »Talente« nicht auf die Absolventen ihrer heimischen Highschools angewiesen sind, könnte freilich erklären, warum sich das Bildungssystem der USA in einem so beklagenswerten Zustand befindet. Zu Hause Steuern zu bezahlen, um das Nachwachsen von Expertenwissen zu finanzieren, wenn man im Ausland nicht nur Steuern vermeiden, sondern auch mathematischfähige Mitarbeiter finden kann, rechnet sich nicht wirklich. Das für die USA charakteristische Nebeneinander eines der schlechtesten Schulsysteme der entwickelten Welt mit dem besten Universitätsystem ließe sich so durch die antirassistische »Weltoffenheit« des amerikanischen Kapitalismus erklären, der freilich nach innen als biopolitisches Klassismus funktioniert.

Die Politik der deutschen Regierung 2015 lässt sich als Versuch auffassen, die moralischen und politischen Aporien von Einwanderungs- als Biopolitik humanitär zu entsorgen. Dabei finden sich vier nebeneinander in der Schwebe gehaltene Begründungen für offene Grenzen: dass sich Grenzen heutzutage ohnehin nicht mehr dicht halten ließen; dass sie dicht zu halten moralisch und rechtlich verwerlich sei; dass man die Flüchtlinge für den Arbeitsmarkt benötige; und dass »Buntheit« der Wohnbevölkerung als solche wertzuwerten sei. Allen Begründungen ist gemeinsam, dass sie die Auswahl der benötigten Zusatzbevölkerung dem Zufall, den Einwanderern selber oder internationalen Organisationen und Gerichtshöfen zuschieben.

Dies jedoch erwies sich bekanntlich schon bald als nicht durchhaltbar. Es war die deutsche Regierungschefin selbst, die durch ihr Abkommen mit Erdogan zeigte, dass man sehr wohl auch heute noch Grenzen abriegeln kann; die Beweisführung wird im Angesicht der Bundestagswahl an der libysch-italienischen Wanderungsroute erfolgreich fortgesetzt. Was zweitens die moralischen und rechtlichen Begründungen angeht, so ist von ihnen nur die der Willkommensfraktion zuliebe konservierte Leerformel von der unakzeptablen »Obergrenze« übrig geblieben. Dass die Rede von einer moralischen Pflicht zu unbegrenzter Aufnahme ohnehin nie wörtlich gemeint war, wird daran deutlich, dass Merkel heute schadlos versprechen kann, 2015 werde sich »nicht wiederholen«. So ist wohl auch für die Willkommensbewegung das einmalige Willkommensfest erst einmal genug. Niemand von denen, die damals jenen eingelassen seien

wollten, der in Deutschland »ein besseres Leben« sucht, verlangt heute, auch alle diejenigen einzulassen, die damals zufälligerweise nicht in Budapest waren, oder wenigstens wieder 890 000 wie 2015 (was einschließlich Familiennachzug etwa auf die von Prognos geforderte jährliche Zuwanderung von einer halben Million Arbeitskräften hinausliefe).

Im Rückblick erscheint der Spätsommer 2015 wie ein erstaunliches gemeinschaftliches Bußritual, eine quasikulturelle Selbstdienungsaktion zur Entlastung des schlechten Gewissens wegen des eigenen bürgerlichen Wohlgeheims. Dabei scheint im kollektiven Unterbewussten durchaus so etwas wie der Foucaultsche Gedanke wirksam gewesen zu sein, wonach die Versorgung der »eigenen« Bevölkerung das Sterben der anderen in dem Sinne verschuldet, als sie dieses nicht beendet. Nach dem Überschäumen der Gefühle im zivilreligiösen Ritual, in dem es, wie bei Durkheim nachzulesen, auf expressive Gemeinschaftsbildung ankommt und nicht auf instrumentelle Ergebnisse, ist nun freilich der – flüchtlingsfreie – Alltag zurückgekehrt. Von ihm aus lässt sich fragen, ob es nicht besser gewesen wäre, man hätte sich, unterhalb von Foucaults Fundamentalkritik der modernen Staatlichkeit, statt der eigenen moralischen Vortrefflichkeit der Auswirkungen der europäischen Agrarsubventionen auf die Lebenschancen afrikanischer Bauern sowie des völligen Irrsinns der militärischen Interventionen unserer Freunde im Irak, in Afghanistan (jetzt Trump wie Obama!), in Libyen und so weiter vergewissert.

Auch die arbeitsmarktpolitische Begründung der Grenzöffnung hat sich mittlerweile erledigt. Eine Laissez-faire-Einwanderungspolitik zur Vermeidung biopolitischer Peinlichkeiten kann nur dann als Arbeitsangebotts politik funktionieren, wenn man hoffen darf, dass sich die benötigten Arbeitskräfte irgendwie unter den Neuankömmlingen finden lassen und der »Beifang« zu politisch durchhalbaren öffentlichen Kosten versorgt werden kann. Genau dies scheint in Elitekreisen die Erwartung gewesen zu sein. Mitte September 2015 vertrat sich der Daimler-Chef Dieter Zetsche von den Flüchtlingen »das nächste deutsche Wirtschaftswunder«; ein Jahr später waren dann Flüchtlinge bei genau drei der dreißig Dax-Konzerne regulär beschäftigt, und zwar 50 bei der Deutschen Post (als Zusteller) und vier bei den beiden anderen. Wie schlecht Humanität und Humankapitalbeschaffung zusammenpassen, zeigte sich auch, als sich die Bundesregierung auf diplomatischem Wege darüber beschwerte, dass die Türkei in Ausführung der Merkel-Erdogan-Vereinbarung nur gering qualifizierte und aus anderen, auch gesundheitlichen Gründen schwer integrierbare Syrer nach Europa, sprich Deutschland, schickte. Flüchtlinge mit Universitätsausbildung würden zurückgehalten. Die türkische Regierung erklärte, dass sie bewusst diejenigen Antragsteller nach Deutschland sende, die eine Umsiedlung aus humanitären Gründen am nötigsten hätten.

Fortsetzung auf S. 46

Auf dem Höhepunkt der Willkommenswelle wurde die weitaus öffentlich darüber spekuliert, dass insbesondere die Anreise der Migranten über die Balkanroute als eine Art Assessment-Center für die physische und psychische Belastbarkeit und das Unternehmertum der Flüchtlinge fungieren könnte – eine sozialdarwinistische *survival of the fittest*-Theorie der Personalauswahl, wie sie bei Arbeitgebern heute mehr denn je im Schwange ist. So erklärte der Soziologe Stephan Lessenich »den Flüchtling« zum »sozialen Ideal des aktiven, unternehmerischen Subjekts« – ähnlich wie Zetsche einen Monat davor, dem zufolge »hoch motiviert« sei, wer »sein komplettes Leben zurücklässt«, und »genau solche Menschen suchen wir bei Mercedes und über-

all in unserem Land«. Parallel dazu stilisierten Bundesregierung und Kirchen freilich Flüchtlinge als Getriebene, die sich so gerade noch vor ihren Verfolgern und ihrem Elend an die deutsche Grenze hatten retten können. Als die Euphorie vorüber war, rechnete die Bundesanstalt für Arbeit, wie immer optimistisch, mit einer Erwerbsbeteiligung der Zugewanderten von 2015 und 2016 in Höhe von 50 Prozent nach fünf und von 60 Prozent nach sechs Jahren.

Auch »Buntheit« als biopolitisches Ziel kann regimefreie Einwanderung nicht wirklich rechtfertigen. Vor vier Jahren plakatierte die Stadt Köln in einer stadtweiten Imagekampagne, in Köln sei »jeder Lebendentwurf willkommen«. Zufällig lief zugleich eine Wahlkampfdebatte über Jürgen Trittmann und Volker Beck, Letzterer MdB aus Köln, und ihre

früheren Äußerungen über die Sozialverträglichkeit von Pädophilie. Das damit unbeabsichtigt zum Vorschein gekommene, im »toleranten« Köln freilich unbemerkte gebliebene Problem, dass nämlich in keiner Gesellschaft »jeder Lebensentwurf gleich »willkommen« sein kann, besteht auch in Bezug auf die »Buntheit« der Einwanderungsgesellschaft. Der irakische Tierarzt mit drei Kindern und Englischlehrerin als Ehefrau bringt nun einmal eine wünschenswertere Art von Buntheit ins Land als der marokkanische Tischendienst oder der tunesische Rauschgifteinkäufer. Bei offenen Grenzen und unbegrenzter Gleichgültigkeit ist der Zuzug der Letzteren der Preis für den Zuzug der Ersteren. Keine Gesellschaft wird diesen Preis auf die Dauer zahlen wollen. Eine zu überschwängliche Buntheitsrhetorik kann im Übrigen bei den Einheimischen den Ein-

druck hervorrufen, sie seien für »ihr« Land nicht mehr gut genug; man erinnere sich an den aus dem Berlin der 1990er Jahren stammenden Aufruf »Liebe Ausländer, lasst uns mit den Deutschen nicht allein«. Daraus erwachsende Bedrohungsgefühle können sich selbst lehrstuhlinhabender Staatsrechtslehrer bemächtigen; siehe die von einigen Mitgliedern der Zunft betriebene Diskussion, ob die Verfassung es der Bundesregierung erlaubt, durch Öffnung der Grenzen zwischen den Wahlperioden die Zusammensetzung der Bevölkerung zugunsten fremdegezogener Neuankömmlinge zu verändern und mindestens perspektivisch die von den Buntheitsadvokaten – deren Buntheit wohl tatsächlich auch pigmentpolitisch gemeint ist – verächtlich so genannten »Biodeutschen« (blaue Augen, blonde Haare) zur Minderheit zu machen.

Man kann dahingestellt sein lassen, ob es sich hier um xenophoben Rassismus oder um Angst vor einem xenophilen Rassismus der eigenen Landsleute handelt; in jedem Fall aber dürften die juristischen Verschwörungstheoretiker die biopolitische Strategiefähigkeit der deutschen Einwanderungspolitik überschätzen. Und auch die engagiertesten Verfechter einer biodeutschen Bevölkerungspolitik wissen ja nicht, wo der Nachwuchs herkommen soll, der später für ihre Pensionen aufkommen muss.



Wolfgang Streeck ist Direktor emeritus am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln